

REZENSIONEN

Personalisierte Verhältniswahl, Parteien, Kandidaten und Abgeordnete: ein etwas anderer Blick auf die deutsche Reformdebatte

Manow, Philip: Mixed rules, mixed strategies. Candidates and parties in Germany's electoral system, ECPR Press, Colchester 2015, 238 Seiten, € 32,80.

Wahlssysteme sind nicht nur juristische Gebilde, die die Abgabe und Auswertung von Stimmen regeln. Sie wirken vielmehr als ein entscheidender Faktor für die Art und Weise des Funktionierens von Demokratien. Parteiensysteme, Repräsentationstypologien und die parlamentarische Arbeit hängen hochgradig von der Ausgestaltung des Wahlsystems ab. Aus verschiedenen Gründen findet international, trotz der permanenten Reformierung im Erfinderland, die personalisierte Verhältniswahl immer mehr Anklang. Wie aber dieses deutsche, auch mixed-member (MM) genannte System auf die relevanten Akteure wirkt, war bis dato allenfalls in einzelnen Untersuchungen angeschnitten worden. *Philip Manow* wertet die Ergebnisse von 17 Bundestagswahlen aus und analysiert die Wirkung der verschiedenen Repräsentationsziele auf das Verhalten und die Strategien von Parteien, Kandidaten und Abgeordneten. Er räumt dabei mit der Auffassung auf, „... that the German electoral system is just a more complicated proportional, but not a mixed system“ (S. 184). Dabei werden einige Einzelfragen der Literatur partiell, andere abschließend behandelt.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert, in denen mehr oder minder trennscharf ein Blick auf die Strategien von (1) Parteien, (2) Kandidaten und (3) Abgeordneten unter den Bedingungen des deutschen Wahlsystems geworfen wird. Zunächst wird dabei untersucht, ob die Verteilung der Direktmandate im Verhältnis zu den Erststimmen wie in Mehrheitswahlsystemen üblich der so genannten Cube Rule folgt. Dabei werden Kontaminationseffekte dieser Regel durch die konträre Proportionalitätsregel festgestellt. Die wichtigste Determinante dieser Kontamination ist die Zahl der im Wahlkreis antretenden Parteien. Diese Effekte sind sehr gut hergeleitet und gegen diverse andere mögliche Variablen geprüft. Dadurch wird allerdings die Disproportionalität der Mandatsverteilung nur verstärkt, was vor allem die CDU begünstigt. In dieser Hinsicht verstärkt der Proporzanteil den Majorzanteil des Wahlsystems. Wichtigster Ertrag dieses Kapitels und des gesamten Buches bleibt aber die Erkenntnis, dass beide Teile der personalisierten Verhältniswahl interagieren und somit zu anderen Ergebnissen und Strategien führen, als dies beide Systeme getrennt voneinander erreichen würden. So muss eine große Partei ihr Personal sowohl gegen Wahlsieg als auch gegen Wahlniederlage mit Doppelkandidaturen – also gleichzeitiger Kandidatur auf ausichtsreichen Listenplätzen und in Wahlkreisen – absichern. Diese Tendenz zur Doppelkandidatur ist überzeugend belegt und mit einem schlüssigen Erklärungskonzept versehen. Damit zusammenhängend untersucht *Manow*, warum kleine Parteien, wie FDP und Grüne, die eine sehr geringe Chance auf Direktmandate haben, überhaupt Direktkandidaten in allen Wahlkreisen aufstellen. Der davon erhoffte positive Effekt bei den Zweitstimmen wird in Ermangelung einer ausreichend großen Kontrollgruppe an Wahlkreisen ohne Direktkandidaten kleiner Parteien anhand des Vergleichs der Zweitstimmenergebnisse von Wahlkreisen mit und ohne pseudo-Amts inhaber überprüft. Zwar ließ sich so ein Zusammenhang

feststellen, aber dieser erfasst nicht, ob es sich für kleine Parteien wirklich lohnt, in jedem Wahlkreis Direktkandidaten zu nominieren. Leider bleibt diese Frage daher trotz des großen Aufwands, den *Manow* betreibt, um den Effekt nachzuweisen, ungeklärt. Aber auch andere Implikationen aus dem Wahlsystem zieht *Manow* für Kandidaten und Abgeordnete in Betracht. Nicht zuletzt sichern die zwei Wege in den Bundestag (Direkt- und Listenmandat) auch die Repräsentation von Frauen, die in reinen Mehrheitswahlsystemen strukturell benachteiligt wären.¹ Dabei wird mit breiterer Datengrundlage bestätigt², dass deutsche MdB, ähnlich wie andere Abgeordnete in verwandten Wahlsystemen, eine relativ hohe Wiederwahlquote haben und somit vergleichsweise lange im Bundestag verbleiben. Ein Zusammenhang zwischen dem Weg ins Parlament und der parlamentarischen Arbeit in den Ausschüssen, wie es die Rollentheorie nahelegen würde, konnte nicht gefunden werden. *Manow* repliziert dazu die Studie von *Baur* und *Stratmann*³ mit geringfügigen Änderungen, die jedoch den Aussagegehalt nicht tangieren. Vielmehr wird festgestellt, dass die personalisierte Verhältniswahl Anreize setzt, die Rollenbilder eher zu konsolidieren als zu differenzieren.

Im Rahmen dieser überwiegend sehr überzeugend und eindrucksvoll mit statistischen Methoden unterlegten Gesamtuntersuchung wird leider nur sehr knapp auf die Reformdebatte der letzten Jahre und die Auswirkungen der jüngsten Reformen eingegangen. Im Fazit wird am Rande erwähnt, dass die neue Verrechnungsmethode die Anreizstrukturen überwiegend unberührt lässt – abgesehen eben vom Stimmensplitting. Nur bedingt finden sich dabei Aussagen zu neueren Entwicklungen des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2013. Somit bleibt bei dieser Analyse, deren Ziel es auch war, mehrere Forschungsfragen aktuelleren Untersuchungen zu unterziehen, der Beigeschmack, an Aktualität schon wieder partiell verloren zu haben.

Dennoch ist *Manows* „mixed rules, mixed strategies“ eine sehr empfehlenswerte Lektüre über die Wirkung von Wahlsystemen auf ihren politischen Kontext. Es werden verschiedene Forschungsansätze anschaulich aktualisiert und miteinander verknüpft. Dabei wird klar, dass der Mehrheitswahlanteil des deutschen Wahlsystems mehr als nur ein überflüssiger Anhang zur Suggestierung von Personalisierung ist, sondern dass die beiden Aspekte der personalisierten Verhältniswahl einander moderieren und somit eine über sich selbst hinausgehende Bedeutung besitzen. Dieser Aspekt wird in der deutschen Wahlrechtsdebatte allzu oft vernachlässigt.

Daniel Hellmann

- 1 Vgl. *Torben Iversen / Frances McCall Rosenbluth*, Gender and Political Careers. The Political Economy of Gender Inequality. A Comparative Labour Market Analysis of Female Political Representation, in: *dies.* (Hrsg.), *Women, Work, and Politics*, New Haven / Connecticut 2010, S. 134 – 161.
- 2 Vgl. *Richard E. Matland / Donley T. Studlar*, Determinants of Legislative Turnover. A Cross-National Analysis, in: *British Journal of Political Science*, 34. Jg. (2004), H. 1, S. 87 – 108.
- 3 Vgl. *Thomas Stratmann / Martin Baur*, Plurality Rule, Proportional Representation, and the German Bundestag. How Incentives to Pork-Barrel Differ across Electoral Systems, in: *American Journal of Political Science*, 46. Jg. (2002), H. 3, 506 – 514.

Das Bundesverfassungsgericht im politischen System: erweiterte Sicht mit Nutzen für Rechts- und Politikwissenschaft

Van Ooyen, Robert Chr. und Martin H. W. Möllers (Hrsg.): Handbuch Bundesverfassungsgericht im politischen System, 2. Auflage, Springer VS, Wiesbaden 2015, 984 Seiten, € 44,99.

Das mittlerweile knapp tausend Seiten umfassende Handbuch beendet aus Sicht der Politikwissenschaft ein Unterlassen: Sie möchte der Rechtswissenschaft den Gegenstand „Bundesverfassungsgericht“ (BVerfG) nicht allein überlassen. So erklärt es sich auch, dass die zweite Auflage des Werks – die erste aus dem Jahr 2006 wurde in dieser Zeitschrift leider nicht besprochen – über 400 Seiten an Umfang zugelegt hat. Ein Autoren-Team stellt in knapp 50 Beiträgen dar, was man derzeit über dieses Gericht wissen kann. Die Zahl der Politikwissenschaftler überwiegt dabei deutlich die der Rechtswissenschaftler, darunter eine ehemalige Richterin und ein ehemaliger Richter des BVerfG.

Ein Beitrag über die Architektur des BVerfG bildet den ersten Teil des Sammelwerks („Symbolische Architektur“). Dieser Einstieg ist klug gewählt. „Karlsruhe“ hat sich zu einem gleichsam emblematischen Ort entwickelt, der eng mit dem Gebäude *Paul Baumgartens* verbunden ist, das nach der behutsamen Sanierung in neuem alten Glanz erstrahlt.

Der zweite Teil – „(Verfassungs-)theoretische und methodische Grundfragen“ – spürt der gesellschaftlichen und symbolischen Bedeutung des Gerichts nach und fragt nach deren geistesgeschichtlichen Grundlagen. Ob man dabei allerdings so weit gehen muss, die Autorität der Verfassungsgerichtsbarkeit in der Tradition der politischen Theologie als Glaubensfrage zu begreifen, kann mit guten Gründen bezweifelt werden. Dass die geharnischte Auseinandersetzung zwischen *Hans Kelsen* und *Carl Schmitt* über die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit nur noch von historischem Interesse erscheint, unterstreicht die enorme Leistung des BVerfG, als gesamtgesellschaftliches Gericht zwischen Verfassung, Staat und Gesellschaft zu vermitteln. Die dazu entwickelten Methoden werden von den Autoren ebenso wie die damit verbundenen Gefahren – etwa die Verselbstständigung des Maßstabs in den Entscheidungen – klar herausgearbeitet.

Im dritten Teil („Bundesverfassungsgericht im politischen Prozess I: historische Konfliktlagen“) erzählen die Verfasser anhand umstrittener Entscheidungen die Geschichte des BVerfG von den Überlegungen im Parlamentarischen Rat bis in das Jahr 2013. *Elfes*, *Lüth*, Deutschlandfernsehen, Grundlagenvertrag, Maastricht, Kreuzifix und Lissabon sind Stichworte, die auch dafür stehen, dass eine zu große Harmonie zwischen den Verfassungsorganen eher Anlass zur Beunruhigung wäre, als der eine oder andere Streit zwischen ihnen. Dass sich das BVerfG seine Stellung als Verfassungsorgan in den ersten Jahren seines Bestehens mittels einer Statusdenkschrift erkämpfen musste, ist eine ebenso wertvolle historische Erinnerung wie die an die Auseinandersetzung mit dem Bundesgerichtshof um die so genannten Artikel 131 GG-Fälle (Rechtsverhältnisse der am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst stehenden Personen) oder an die frühe Rechtsprechung zum Status der Parteien.

Teil 4 – „Bundesverfassungsgericht im politischen Prozess II: Akteure und Funktionen“ – unterstreicht zunächst, dass das Vertrauen in das BVerfG seine maßgebliche Machtressource ist. Ob in diesem – zumal gegenüber dem Bundestag – durchweg überdurchschnittlichen Institutionenvertrauen tatsächlich der Wunsch des Volkes nach einem konstitutionellen Monarchen zum Ausdruck kommt, mag dahinstehen, wird doch das Gericht anders als ein Monarch nur auf Antrag tätig. Hat die Verfassungsbeschwerde als Verfahrensart

maßgeblich dazu beigetragen, das Verfassungsrecht gleichsam in der Breite umzusetzen, so prägen die weitaus selteneren Verfahren des Organstreits, der Normenkontrolle oder des Bund-Länder-Streits die öffentliche Wahrnehmung des Gerichts als politische Institution. Es verwundert nicht, dass in diesem Zusammenhang die Wahl der Richter, interne Einflussfaktoren, die Wissenschaftlichen Mitarbeiter, aber auch die Praxis der Sondervoten sowie die Pressearbeit des Gerichts in den Fokus des nicht ausschließlich politikwissenschaftlichen Interesses geraten.

Der fünfte Teil – „Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Verfassungsprinzipien und Politikfeldern“ – bildet ein Verfassungs(rechts)(politik)lehrbuch der besonderen Art. Kein Bereich wird ausgespart: Werteordnung, Ordnungsmacht, Menschenbild; Demokratisierung; Wahlrecht; Parteiverbotsverfahren; Demonstrationsrecht; (Abwägung der) Menschenwürde; Datenschutz; Auslands- und Inlandseinsätze der Bundeswehr; Bundes- und Sozialstaat; Umweltschutz; Religionsverfassungs-, Steuer- und Beamtenrecht. Es wird deutlich, dass die Konjunktur der Rechtsgebiete in der Rechtsprechung des BVerfG im Laufe der Zeit unterschiedlich ist und vor allem dem Gesetzgeber ein größerer oder geringerer Spielraum eingeräumt wird. Nach den persönlichen, gesellschaftlichen und historischen Bedingungen für solche Entwicklungen zu fragen und diese teilweise aufzudecken, ist das Verdienst dieses Abschnitts.

Teil 6 – „Bundesverfassungsgericht im europäischen und internationalen Umfeld“ – ist der zweitkürzeste, dabei aber der zukunftsreichste Abschnitt. Das BVerfG findet sich mit dem Europäischen Gerichtshof und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in einem Verfassungsgerichtsverbund wieder, der es immer stärker dazu zwingt, die eigene Position inhaltlich wie institutionell zu wahren und zugleich die Vorgaben aus Luxemburg und Straßburg aufzunehmen. Dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen, wie das OMT-Verfahren zeigt, in dem das BVerfG zum ersten Mal dem EuGH eine Sache zur Vorabentscheidung vorgelegt und nun dessen Urteil in die eigene Rechtsprechung zu integrieren hat. Angesichts dieser neuen Herausforderungen ist – auch wenn das BVerfG für die Verfassungsgerichtsbarkeit vieler Staaten ein Vorbild war und ist – keine Historisierung des Gerichts zu befürchten. Eine dritte Auflage des Handbuchs wird also erforderlich werden.

Der Sammelband bietet dem juristischen Leser eine erweiterte Sicht auf die mittlerweile 137 Bände der Amtlichen Sammlung des BVerfG. Dass man das Wirken eines Verfassungsgerichts nicht nur unter einem juristischen, sondern auch unter einem macht-, kommunikations- oder institutionentheoretischen Blickwinkel erörtern kann, verdeutlicht die kaum noch überschaubare Literatur zum U.S. Supreme Court. Wie ertragreich eine ähnliche Auseinandersetzung mit dem BVerfG sein kann, zeigen die entsprechenden Beiträge in diesem Handbuch. Für den Politikwissenschaftler wiederum lohnt sich die Lektüre der juristischen Teile nicht nur, um neues Material zu gewinnen. Deutlich wird nämlich auch die zunehmende juristische Fähigkeit zur (Selbst-)Kritik, die nicht allein in Buchtiteln wie „Das entgrenzte Gericht: eine kritische Bilanz nach sechzig Jahren Bundesverfassungsgericht“ oder „Der vermisste Leviathan“ zutage tritt. Dafür, dass beide Disziplinen aus einer engeren Zusammenarbeit wechselseitigen Nutzen ziehen können, ist dieses Buch ein guter Beleg. Es ist daher in seinen Teilen, aber auch in seiner Gesamtheit, die schließlich stets mehr ist als die Summe der Teile, unbedingt zur Lektüre zu empfehlen.

Stefan Sinner

Wechselspiel von Öffentlichkeit und Medien: kommunikationswissenschaftliche Befunde für die praktische Politik

Geiß, Stefan: Die Aufmerksamkeitsspanne der Öffentlichkeit. Eine Studie zur Dauer und Intensität von Meinungsbildungsprozessen, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015, 355 Seiten, € 69,-.

Das Jahr 2015 bot reichlich Anschauungsmaterial zu dem Thema des hier zu besprechenden Buches, einer Mainzer kommunikationswissenschaftlichen Dissertation. Erst hielten die Griechenlandhilfen das deutsche Publikum über einen sehr langen Zeitraum in Atem, dann die syrischen Flüchtlinge, anschließend das den VW-Konzern betreffende „Dieselgate“ und schließlich die Frage, ob das „Sommermärchen“ der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland gekauft worden war. Es gibt also offenbar nicht nur ein individuelles, sondern auch so etwas wie ein kollektives „Aufmerksamkeitsdefizit-Syndrom“, jeweils verbunden mit oder ohne Hyperaktivität.

Ob und wenn ja, welche Gesetzmäßigkeiten der „Aufmerksamkeitsspanne“, vulgo: „der medialen Erregungskurve“ zu Grunde liegen, ist eine interessante Thematik. Bemerkenswert ist auch, dass *Geiß* „Öffentlichkeit“ und „Medien“, trotz intensiver Wechselbeziehungen, nicht als identisch ansieht. So analytisch sinnvoll das sein mag, so schwierig, offen und nahezu unmöglich zu beantworten bleibt die Frage, ob „öffentliche Aufmerksamkeit“ Ursache oder Folge oder beides von medialer Berichterstattung oder umgekehrt mediale Berichterstattung Ursache oder Folge öffentlicher Aufmerksamkeit ist. *Geiß* geht recht leichtfüßig offenbar von der medialen Lenkbarkeit öffentlicher Aufmerksamkeit aus, weswegen er letztere auch ausschließlich anhand der Mediennutzung „misst“. Das kann man tun, müsste sich dann aber auch ausführlicher, als er es tut, mit der gegenseitigen Beeinflussung von Medien und Öffentlichkeit auseinandersetzen. Gut beraten wiederum war *Geiß* damit, sich auf die quantifizier- und messbaren Aspekte der Dauer und Intensität öffentlicher Aufmerksamkeit zu konzentrieren. Auf die nicht minder interessante Frage, was Anlass und Grund zu öffentlicher Aufmerksamkeit gibt (Stichworte: „bad news is good news“ oder „Mann beißt Hund“-Prinzip), geht er ohnehin nicht ein. Mit der Messbarkeit befassen sich die Kapitel 7 bis 9, 13 und 14 anhand dreier konkreter Fallbeispiele. Eingebettet wird dies in Ausführungen zu den Strukturen von Meinungsbildungsprozessen (Kapitel 2 bis 6), der Medienberichterstattung (Kapitel 10) und zu Medieninhalten (Kapitel 11) sowie zu den Meinungsbildungsprozessen der Rezipienten (Kapitel 12). Diese Einbettung ist sinnvoll, weil sie dazu beiträgt, die jeweiligen Eigenlogiken von Medien und Öffentlichkeit besser zu verstehen, die unmittelbaren Auswirkungen auf Dauer und Intensität öffentlicher Aufmerksamkeit haben.

Die drei ausgewählten Fallbeispiele der Monate April bis Mai 2012 entnimmt *Geiß* den Bereichen der Außenpolitik (Syrienkonflikt) und der Innenpolitik (Betreuungsgeld-Debatte) sowie der „bad news“-Kategorie (*Brevik*-Prozess). Die von ihm angewandte Methodik ist mit Sicherheit speziell für die Kommunikationswissenschaft, seine Ergebnisse sind jedoch weit darüber hinaus relevant. Zu diesen gehört, dass die Öffentlichkeit in den Medienprodukten nach Anzeichen für die Aufmerksamkeitswürdigkeit eines Themas sucht. Anhand der von den Medien empfangenen Inhalte wird wiederum auf die Aktualität der Themen zurückgeschlossen. Verschiedene mediale Aktualitätssignale stimulieren somit bestimmte Aktualitätsbewertungen beim Publikum, die wiederum die Meinungsbildungs-

tensität steuern. Obwohl zwei der drei Fallbeispiele der politischen Sphäre entnommen sind, ist doch auffällig, dass *Geiß* auf die Politik kein spezielles Gewicht legt. Das ist angesichts der engen Wechselbeziehungen zwischen Öffentlichkeit, Medien und Politik bedauerlich.¹ Die „mediale Aufmerksamkeitsspanne“ ist nämlich in aller Regel nicht selbstreferentiell; ihr korrespondiert vielmehr häufig auch eine „politische Aufmerksamkeitsspanne“. Tatsächlich ist es vielfach erst die mediale Aufmerksamkeit, die politiksensibilisierend und politikstimulierend und sogar politikaktivierend wirkt. Politische Akteure sind somit, zumindest soweit es sich um politische Themen handelt, hauptsächlicher Adressat und Verpflichteter medialer Aufmerksamkeitserschöpfung und somit ganz besonders auf die Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten öffentlicher Aufmerksamkeit angewiesen. Alles das dürfte dazu beitragen, dem Buch von *Stefan Geiß*, weit über die Kommunikationswissenschaft hinaus auch die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen und vor allem der praktischen Politik zu sichern – über eine hoffentlich nicht allzu kurze Aufmerksamkeitsspanne. Es ist ihm zu wünschen.

Michael Fuchs

1 Dazu neuestens dezidiert: *Martin Wettstein*, Quantitative Ursachenbestimmung medialer Aufmerksamkeitsschübe, in: *Publizistik*, 60. Jg. (2015), H. 3, S. 325 – 343.

Gerhard Schröder: umfangreiche Biographie mit offenen Fragen

Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder. Die Biographie, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2015, 1038 Seiten, € 34,99.

Nachdem *Gerhard Schröder* wenige Monate nach dem Ausscheiden aus dem Amt seine Erinnerungen veröffentlichte, legt nun der Historiker *Gregor Schöllgen* eine umfassende Biographie des letzten sozialdemokratischen Bundeskanzlers vor. *Schöllgen* beginnt seine Darstellung mit der Familiengeschichte und zeigt, dass die Bedingungen der Kindheit und Jugend *Gerhard Schröders* noch härter waren als bisher bekannt. Auf der ersten Etappe seiner politischen Laufbahn, dem Weg zum Vorsitz der Jungsozialisten, zeigte sich *Schröder* bereits als geschickter Taktiker, während ihn die damals heftig geführten Theoriedebatten kaum interessierten. Gleichzeitig machte er sich nach dem zweiten juristischen Staatsexamen, das er 1976 mit „vollbefriedigend“ bestand, in Hannover als erfolgreicher Rechtsanwalt einen Namen.

Nach *Schöllgen* kann man den Bundeskanzler *Schröder* nicht verstehen, wenn man den Ministerpräsidenten *Schröder* nicht kennt (S. 343). Er schildert deshalb ausführlich seinen Aufstieg in der niedersächsischen Landespolitik, zeigt wie er Rückschläge überwindet und im zweiten Anlauf 1990 zusammen mit den Grünen die Landesregierung bilden kann. In Hannover fand *Schröder* auch den engsten Kreis seiner Mitarbeiter, der ihm später nach Bonn und Berlin folgte. Selbst beim grünen Koalitionspartner besteht in der Person von *Jürgen Trittin* Kontinuität von Hannover über Bonn nach Berlin. Hinzu kamen die engen Verbindungen des Ministerpräsidenten zur Wirtschaft, die auch für seine Kanzlerzeit prägend sein sollten: Der spätere „Autokanzler“ saß nicht nur von Amts wegen im Aufsichtsrat

von VW, sondern förderte auch den Bau einer Teststrecke für Mercedes-Benz bei Papenburg. Nach seinem erneuten Wahlerfolg im März 1994 sprach er sich gegen ein Tempolimit auf Autobahnen und eine Erhöhung der Mineralölsteuer aus. *Schröder* setzte außerdem den Bau einer Erdgasleitung von Norwegen nach Emden durch und wirkte auch in Hannover als „Retter“ bedrohter Industrieunternehmen, wie zum Beispiel der zum Daimler-Konzern gehörenden Flugzeugwerke Lemwerder.

Schöllgen schildert anschließend auf der Basis neuer Quellen und des publizierten Materials die Regierungszeit des Bundeskanzlers *Schröder* in ihrem zeitlichen Ablauf. Dieses chronologische Vorgehen führt allerdings dazu, dass die Darstellung häufig zwischen den verschiedenen Politikbereichen wechselt. Hinzu kommt, dass die Kanzlerzeit in zwei über großen Kapiteln behandelt wird. Sie heißen „Der Macher“ und „Der Reformier“, haben keine Unterkapitel und umfassen 260 und 220 Seiten. Einerseits erfährt der Leser hier zahlreiche neue Details: So stammt der Satz, *Wladimir Putin* sei ein lupenreiner Demokrat, keineswegs von *Schröder*, sondern wurde ihm von seinem Interviewer *Reinhold Beckmann* in den Mund gelegt. *Schöllgen* widerlegt auch die These, der Rücktritt des Bundeskanzlers vom SPD-Parteivorsitz im Februar 2004 sei der erste Schritt zum Machtverlust gewesen. Die Arbeitsteilung zwischen *Schröder* und *Franz Müntefering* habe vielmehr gut funktioniert. Andererseits sind bei dieser Form der Darstellung die großen Linien – etwa vom *Schröder-Blair*-Papier über die *Hartz*-Kommission bis zur Agenda 2010 – kaum erkennbar. Die Zusammensetzung der *Hartz*-Kommission zum Beispiel, in der die Vertreter der Wirtschaft dominierten, wird dem Leser vorenthalten. Hier fehlt der Hinweis auf die Studie von *Anne-Marie Weimar*.¹ Auch die Finanzpolitik der rot-grünen Regierung wird nicht im Zusammenhang geschildert, obwohl sie ein zentrales Thema in *Schröders* Agenda-Rede war und entscheidend zum vorzeitigen Ende seiner Regierung beitrug.²

Das bisherige Bild der rot-grünen Koalition wird durch *Schöllgens* Darstellung in vielen Punkten vertieft und bestätigt, während neue Erkenntnisse eher selten vermittelt werden. Dies liegt daran, dass die erstmals benutzten Quellen in ihrer Bedeutung begrenzt sind. Wer vergleichbare Bestände auswertet, hat oft den Eindruck, eine unsichtbare, aber selektive Hand habe die Seiten sorgfältig durchgeblättert. Dass ein versierter Rechtsanwalt, der selbst wegen seiner Haarfarbe Rechtsmittel ergreift, nicht weiß, wo sich die Papiere seines Büros befinden (S. 938), scheint eher unwahrscheinlich.

Die inhaltliche Darstellung der Politik *Schröders* bleibt in der Biographie von *Schöllgen* hinter der Arbeit von *Edgar Wolfrum* zurück.³ Von der Kunst der Zusammenfassung macht der Autor selten Gebrauch. Er verfolgt viele Nebenlinien, die mit *Gerhard Schröder* nur lose verbunden sind. Die Reisen des Kanzlers und die Biographien nur indirekt beteiligter Personen zum Beispiel nehmen allzu viel Raum ein. Von den Beiträgen anderer Fachrichtungen zur Regierungszeit *Schröders* zeigt sich der Historiker *Schöllgen* wenig beeindruckt. Die von *Christoph Egle*, *Tobias Ostheim* und *Reimut Zohlhöfer* herausgegebenen Bände zur Politik der rot-grünen Koalition fehlen in den Anmerkungen ebenso wie die genaue Darstel-

1 Vgl. *Anne-Marie Weimar*, Die Arbeit und die Entscheidungsprozesse der Hartz-Kommission, Wiesbaden 2004.

2 Vgl. die These vom „finanzielle(n) Aushungern der Regierung“ bei *Christoph Egle*, Reformpolitik in Deutschland und Frankreich, Wiesbaden 2009, S. 259.

3 Vgl. *Edgar Wolfrum*, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998 – 2005, München 2013.

lung der Vorbereitung der Agenda 2010 bei *Karl-Rudolf Korte* und *Manuel Fröhlich*.⁴ *Schöllgen* verzichtet folgerichtig auf das sonst übliche Verzeichnis der benutzten Literatur.

Bei der Beschreibung der Bundestagsauflösung von 2005 werden meines Erachtens zwei Risiken für *Gerhard Schröder* nicht angemessen berücksichtigt: die Rolle des Bundespräsidenten *Horst Köhler* und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Februar 1983 zur Auflösung des Bundestages auf Vorschlag von *Helmut Kohl*. Dieses Urteil gestattet die Parlamentsauflösung nur, falls sich der Kanzler nicht mehr in der Lage sieht, „mit den im Bundestag bestehenden Kräfteverhältnissen weiter zu regieren“⁵. Viele Aussagen der beteiligten Politiker zur Auflösungsfrage waren deshalb taktischer Natur, denn für einen Kanzlersturz durch die SPD-Linke gab es nicht die geringsten Anzeichen. Bereits die von *Schröder* am 7. April 2005 gegenüber *Joschka Fischer* angegebene Begründung für Neuwahlen, er wolle sich „nicht von den *Schreiners* und wie sie alle hießen“ vom Hof jagen lassen⁶, war wahrscheinlich schon eine Sprachregelung. In diesem Sinne haben *Schröder* und *Frank-Walter Steinmeier* offenbar auch gegenüber dem Bundespräsidenten argumentiert und sogar von einem „Erpressungspotential“ der SPD-Fraktion gesprochen. *Schöllgen* sieht dieses Begründungsdilemma nicht und folgt der seinerzeit von *Christoph Schwennicke* und anderen Journalisten ausgegebenen Parole, der „innere Feind“ bei den Sozialdemokraten sei der wahre Grund für die „Flucht in die Neuwahl“ gewesen (S. 823 f.).⁷

Die umfangreiche Biographie von *Gregor Schöllgen* lässt damit durchaus Fragen offen. Zu einer umfassenden Bewertung der Agenda-Politik kann sich der Autor nicht entschließen. Ob die Reformen *Schröders* für die spätere positive Entwicklung des Arbeitsmarkts und der Exporte allein ausschlaggebend waren oder andere Faktoren größeres Gewicht hatten, ist allerdings auch in der Wirtschaftswissenschaft umstritten. Die Frage, ob die Auflösung des Bundestages aus Sicht der Sozialdemokraten unvermeidlich oder ein strategischer Fehler war, wird die Zeitgeschichtsschreibung weiterhin beschäftigen. Auch eine Biographie im Großformat von tausend Seiten kann keine abschließende Geschichtsschreibung liefern. Für alle zukünftigen Bemühungen um ein gerechtes Bild des Lebenslaufs und der Politik *Gerhard Schröders* bleibt die Darstellung von *Gregor Schöllgen* aber unentbehrlich.

Karlheinz Niclauß

4 Vgl. *Christoph Egle* / *Tobias Ostheim* / *Reimut Zohlnhöfer* (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998 – 2002, Wiesbaden 2003; *Christoph Egle* / *Reimut Zohlnhöfer* (Hrsg.), Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002 – 2005, Wiesbaden 2007; *Karl-Rudolf Korte* / *Manuel Fröhlich*, Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Paderborn / München / Wien / Zürich 2004, S. 295 – 305.

5 BVerfG, 2BvE 1/83 vom 16. Februar 1983.

6 Vgl. *Joschka Fischer*, „I am not convinced“. Der Irak-Krieg und die rot-grünen Jahre, Köln 2011, S. 337 f.

7 Hierzu *Karlheinz Niclauß*, Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel, Wiesbaden 2015, S. 323 f.

Obamas Reformpolitik: Bestandsaufnahme mit einigen Fragezeichen

Fuhst, Helge: Barack Obama: Präsident der polarisierten Staaten von Amerika. Eine innenpolitische Bilanz seiner ersten Amtszeit 2009 – 2013, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014, 400 Seiten, € 79,-.

Nur sehr selten dürften die Erwartungshaltung der nationalen wie internationalen Öffentlichkeit so hoch und die innen- und außenpolitischen Herausforderungen so groß gewesen sein wie zu Beginn der Präsidentschaft von *Barack H. Obama*, dem ersten afroamerikanischen Präsidenten der USA. Zugleich dürfte kaum ein anderer amerikanischer Präsident mit einer derart ambitionierten innen- und außenpolitischen (Reform-)Agenda sein Amt angetreten haben wie der frühere Senator von Illinois. Eines der wichtigsten Schlagworte im US-Wahlkampf 2008 war das Wort „Wandel“, den *Barack Obama* wie kein anderer Präsidentschaftskandidat verkörperte. Genau dieser Wandel, den er seinerzeit den US-Bürgern versprach, ist Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Abhandlung von *Helge Fuhst*. Der Autor wirft in seiner Studie die Leitfrage auf, ob es dem 44. Präsidenten der USA in seiner ersten Amtszeit gelang, sein Wahlversprechen des Wandels in den drei für ihn zentralen innenpolitischen Themenfeldern „Wirtschaft/Finanzen“, „Gesundheit“ und „Energie“ umzusetzen. Mehrere Unterfragen runden das Spektrum erkenntnisleitender Fragen ab. Die Dissertation schöpft ihre wissenschaftliche Relevanz aus dem Umstand, die erste Untersuchung ihrer Art zu sein, die die innenpolitische Reformagenda *Obamas* über die gesamte erste Amtsperiode in den Blick nimmt. Dabei liegt ihr Fokus, wie der Autor selbst betont, nicht auf den Auswirkungen der Reformvorhaben *Obamas*, sondern auf deren Umsetzung im politischen System der USA. *Fuhsts* Analyseblickwinkel ist staatszentriert, da im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses die Exekutive, hier vor allem der Präsident, steht.

Die Studie folgt einem systematischen Aufbau und gliedert sich in insgesamt sieben Kapitel. Die Einleitung (Kapitel 1) umfasst die üblichen Punkte. Daran schließt sich der theoretische Bezugsrahmen (Kapitel 2) an. Hier wird in einem ersten Unterkapitel der mehrdeutige Begriff des Regierens erörtert, gefolgt von einer definitorischen Annäherung. Das zweite Unterkapitel geht auf den Regierungsstil und die Regierungspolitik ein und setzt beides in Beziehung zueinander. Unterkapitel 3 beschäftigt sich mit der politischen Strategie als Regierungsinstrument. In diesem Kontext werden notwendige Abgrenzungen zwischen politischer Planung und Strategie sowie zwischen taktischem und strategischem Handeln vorgenommen. Ein weiteres Unterkapitel thematisiert die Bedeutung des ersten Regierungsjahres für die Umsetzung großer Reformvorhaben in den USA. Das letzte Unterkapitel geht auf das Regieren im modernen Medienzeitalter ein und weist den Medien besondere Bedeutung bei der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung zu.

Die Darstellung der Rolle des Präsidenten als einer von mehreren Akteuren im politischen System der USA (Kapitel 3) knüpft nahtlos an die vorangegangenen theoretischen Überlegungen des Autors an. Neben der Exekutive werden auch Legislative, Judikative, Medien, Lobbyismus und Parteien abgehandelt. Kapitel 4 befasst sich mit den Wahlversprechen *Barack Obamas*, die auf nationaler und internationaler Ebene große Erwartungen und Hoffnungen weckten. Zugleich analysiert *Fuhst* das Wahlprogramm „Blueprint for Change“ (2008), geht in diesem Zusammenhang auf den in Aussicht gestellten neuen Regierungsstil und die versprochenen neuen ethischen Standards ein. Zusätzlich arbeitet der Autor *Obamas* große Reformversprechen hinsichtlich der Wirtschafts- und Finanzpolitik

sowie der Gesundheits- und Energiepolitik heraus. Der Regierungsstil des 44. Präsidenten der USA steht im Mittelpunkt von Kapitel 5. Neben dem Führungsstil und dem Team für die Durchsetzung des versprochenen Wandels gilt hier ein besonderes Augenmerk *Obamas* Philosophie und Strategie der parteiübergreifenden Zusammenarbeit. Das vorletzte Kapitel widmet sich in drei Fallstudien der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Gesundheits- und der Energiepolitik – entscheidende Politikfelder der Reformagenda *Obamas*, die vor dem Hintergrund der Wahlversprechen (siehe Kapitel 4) einer empirischen Untersuchung unterzogen werden. Das Abschlusskapitel (Kapitel 7) gliedert sich in vier Unterkapitel: Das erste stellt die Frage „Barack Obama: Präsident der polarisierten Staaten von Amerika?“ (S. 349). Das zweite und dritte Unterkapitel nehmen Regierungsstil und Regierungspolitik in den Blick, bemühen sich um Antworten bezüglich Eigenanspruch und Zielerreichung. Unterkapitel 4 wagt einen Ausblick auf die zweite Amtszeit *Obamas* und die damit verbundene mögliche Aussicht auf weniger „polarisierte Staaten von Amerika“.

Zweifelsohne schließt *Fuhst* mit seiner Monografie eine vorhandene Forschungslücke, denn sie beinhaltet eine systematische Untersuchung der gesamten ersten Amtszeit *Obamas* im Hinblick auf dessen innenpolitische Reformpolitik. Der Autor hat eine informative und detaillierte Studie erstellt, die zum Zeitpunkt ihrer Beendigung zudem hohe Aktualität besaß. Gleichwohl war dieser Umstand für ihn Fluch und Segen zugleich: *Fuhst* stand vor der Herausforderung, mit der Recherche von Beiträgen in Zeitungen und Nachrichtenmagazinen sowie der Verwendung von Internetquellen das Manko einer dürftigen Quellenlage wettmachen zu müssen, was ihm gut gelingt. Die insgesamt vierzig Expertengespräche verleihen seiner Arbeit besondere Authentizität. Damit endet aber auch schon das Loblied auf das Buch.

Folgende Kritikpunkte lassen sich anführen: *Fuhst* folgt der problematischen Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik von *Aaron B. Wildavsky*, der außerdem die Annahme vertritt, dass die Präsidentschaft als zwei verschiedene Präsidentschaften betrachtet werden muss. Dabei wird allerdings der enge Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik übersehen, der auch für die Studie von *Fuhst* in Betracht zu ziehen gewesen wäre (Stichwort: „Wechselwirkung“). Stattdessen liegt die volle Konzentration des Autors auf der Innenpolitik. Nicht minder problematisch erweist sich die Überzeichnung der Macht des US-Präsidenten in der innenpolitischen Arena. Auch ob der Regierungsstil ohne Weiteres als Grundlage für den Wandel in der Regierungspolitik gesehen werden kann, ist zumindest kritisch zu hinterfragen. *Fuhsts* Urteil über die Innenpolitik *Obamas* zwischen 2009 und 2013 fällt insgesamt zu hart aus, denn die Möglichkeiten des Wandels „im Systemkorsett der USA“¹ sind doch sehr begrenzt, was stärker hätte berücksichtigt werden müssen. Ebenso kritikwürdig erscheint die sprachlich unglückliche Formulierung „[v]erschwindend gering“ (S. 97), die er für die Beurteilung des Einflusses der Parteien im politischen System der USA verwendet. Hinzu kommen einige weitere sprachliche Schwächen, die vermuten lassen, dass kein oder ein nur rudimentäres Lektorat durchgeführt worden ist.

So fällt das Gesamturteil über die Studie von *Helge Fuhst* ambivalent aus: Einerseits kann sie am Thema interessierten Lesern zur informativen Lektüre empfohlen werden, andererseits ist sie kein Meilenstein für die politikwissenschaftliche Forschung.

Sascha Arnautović

1 *Christoph Haas / Wolfgang Jäger* (Hrsg.), *What a President Can – Barack Obama und Reformpolitik im Systemkorsett der USA*, Baden-Baden 2012.

Obamas Präsidentschaft und das Regierungssystem der USA: wertvolle Analysen der (Amts-)Zeit voraus

Gellner, Winand und Patrick Horst (Hrsg.): Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas. Eine erste Bilanz, Springer VS, Wiesbaden 2016, 428 Seiten, € 44,99.

Zwischen den hohen Erwartungen, die anfangs an die Präsidentschaft *Barack Obamas* gestellt wurden, und den bisherigen Ergebnissen lassen sich erhebliche Diskrepanzen feststellen. Die alle Beiträge in dem hier anzuzeigenden Band übergreifende Einsicht, dass gegenüber der anfänglich anvisierten Transformation vielmehr ein schwerfälliger Inkrementalismus die Bilanz *Obamas* prägen wird, mag letztlich wenig überraschend sein. Neu ist hingegen systematische wie umfangreiche Sammlung von Studien, die sich nicht nur an dem derzeitigen Amtsträger orientiert, sondern sich mit vielfältigen Faktoren (verbunden mit den Wahl-, Parteien- und horizontalen wie vertikalen Gewaltenteilungssystemen) auseinandersetzt, die die begrenzte Regierungskapazität des US-Präsidenten verstehen und erklären lassen. Daher ist mit Blick auf das Vorwort vorab ein Einwand zu erheben. Als Beweggrund ihres Projekts führen die Herausgeber (beide, wie die anderen Autoren, ausgewiesene Kenner und Forscher des politischen Systems der USA) insbesondere die in Deutschland weitverbreiteten Missverständnisse über das politische System der USA an. Zwar ist ein „Kampf des Halbwissens“ immer ein achtbares Ziel, lässt jedoch den analytischen Anspruch des Bandes zu bescheiden anmuten, denn der wissenschaftliche Ertrag geht über eine informative Darstellung von Teilaspekten der US-Politik und der Präsidentschaft *Obamas* weit hinaus. Neben „klassischen“ Fragen werden einige bisher vernachlässigte beziehungsweise wenig erforschte Themen untersucht (zum Beispiel der Einfluss der Wahlen in den Einzelstaaten auf die Bundesebene oder die NSA-Affäre in der Außenpolitik). Hinzu kommt, dass auch die Studien zu eher herkömmlichen Gegensätzen der US-Politik (zum Beispiel präsidentielle Führungsrollen, Polarisierung der Parteien, Wahlkampffinanzierung) sowohl die aktuellsten Entwicklungen erfassen als auch den Stand der Forschung erweitern.

Zudem vereinbaren die Autoren verschiedene methodische Ansätze mit mehreren Beiträgen, die auf quantitative Daten gestützt sind, und einigen, die auf Konzeptualisierung und Typologisierung ausgerichtet sind. Neben dem Einleitungskapitel der Herausgeber, das eine erste Überblicksbilanz leistet, ist der Band in vier weitere Abschnitte aufgeteilt. In „Electoral Politics“ (Teil II) zeigen *Michael Kolkmann*, wie die Kongresswahlen seit 2008 zum Gewinn einer Republikanischen Mehrheit und somit ab 2010/11 zu *divided government* geführt haben, und *Patrick Horst*, wie die Wahlen auf einzelstaatlicher Ebene mit dem „fragmentierten Föderalismus“ zusammenhängen, in dem etwa die „paradoxe Entwicklung“ einer nationalen Konsolidierung des Parteienwettbewerbs mit der Stärkung der einzelstaatlichen Autonomie einhergeht. Mit rechtlichen und politischen Fragen im Bereich der Finanzierung von Wahlkämpfen sowie der Rolle von Super-PACs und parteinahen Denkfabriken setzen sich *Jörg Hebenstreit* und *Josef Braml* auseinander, während *Michael Oswald* die Entstehung und Entwicklung der jüngeren, besonders einflussreichen Tea-Party-Bewegung erfasst. Im Abschnitt III „Presidential Politics“ werden durch die vier Studien von *John Robertson*, *Martin Thunert*, *Christoph M. Haas* und *Michael Dreyer* zum einen die unterschiedlichen Typen präsidentieller Führung aufgezeigt und daraufhin überprüft, wie sich *Obamas* bisherige Präsidentschaft einordnen lässt, und zum anderen die institutionellen Bedingungen und Einschränkungen aufgrund der Gewaltenteilung (mit dem Kongress

und der Judikative, insbesondere dem Supreme Court) analysiert. Der vierte Teil zu „Congressional Politics“ behandelt gesondert die zwei Kammern des Kongresses, das Repräsentantenhaus (*David Sirakov*) und den Senat (*Matthias Enders*), wodurch die parteiliche Polarisierung zunehmend als Faktor der Dysfunktionalität im präsidentiellen Regierungssystem der USA nachvollziehbar wird, während sich *Patrick Horst* der bisher kaum erforschten Frage der freiwilligen Rücktritte von US-Parlamentariern widmet und deren Muster herausarbeitet. Im letzten Abschnitt „Policies“ werden die komplizierte Entwicklung und schwer abschätzbare Reichweite der Gesundheitsreform untersucht (*Christian Lammert*), während die letzten drei Beiträge von *Jürgen Wilzewski*, *Andreas Falke* und *Robin Lucke / Bernhard Stahl* verstärkt die Außen- und Sicherheitspolitik – ein üblicherweise besonders prägender Bereich einer jeden US-Präsidentschaft – behandeln; auch bei diesen Policy-Analysen wird, wie bei den Polity- und Politics-Beiträgen, deutlich, dass es zu einer nüchternen, „gemischten“ Bilanz kommen muss, die wiederum nur vor dem Hintergrund des „geteilten Regierens“ in den USA zu greifen ist.

Insgesamt bietet der vorliegende Band nicht nur eine aufschlussreiche Lektüre für Studierende und ein an Nordamerika und vergleichender Politik interessiertes Publikum, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Forschung über Politik und Regieren im komplexen (horizontalen wie vertikalen) Gewaltenteilungssystem der USA. Gewiss gäbe es weitere Themen, die zu diesem Buch hätten gehören können, weil sie das Vermächtnis der Präsidentschaft *Obamas* kennzeichnen werden. Ein solcher Einwand ist aber wenig sinnvoll, denn jede wissenschaftliche Leistung behandelt letztlich nur einen Ausschnitt des thematisch Möglichen. Relevanter für die kritische Reflexion über „Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas“ scheint der Zeitpunkt des Erscheinens, zumal seine Amtszeit noch nicht zu Ende ist. Die Autoren gehen durchaus entsprechend vorsichtig mit ihren Schlussfolgerungen um. Allerdings deutet schon der Nebentitel des Bandes, „Eine erste Bilanz“, an, dass es sich um eine (wohl *die*) erste deutschsprachige Sammlung von Studien dieser Art handelt. Weil im letzten verbleibenden Amtsjahr *Obamas* die eine oder andere weitreichende politische Entwicklung eintreten kann (beispielsweise die Nachfolge von Justice *Antonin Scalia* zum Supreme Court oder die erneut angestrebte Schließung von Guantanamo), kann die Bilanz über seine Präsidentschaft noch nicht vollständig sein. Insofern lässt das Buch vor allem zu wünschen übrig, dass die Herausgeber und Autoren ein solches wertvolles gemeinsames Bemühen fortsetzen.

Jared Sonnicksen

Solidarität: konzeptionelle und empirische Beiträge zu einem komplexen Phänomen

Kneuer, Marianne und Carlo Masala (Hrsg.): Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff (Zeitschrift für Politikwissenschaft, Sonderband 2014), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015, 252 Seiten, € 49,-.

Aschauer, Wolfgang, Elisabeth Donat und Julia Hofmann (Hrsg.): Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde, Springer VS, Wiesbaden 2016, 262 Seiten, € 39,99.

Solidarität ist als Schlagwort in Politik wie Politikwissenschaft in vieler Munde, nicht zuletzt im Rahmen aktueller Diskussionen um den Mangel an europäischer Solidarität zur Lösung der Euro- oder Flüchtlingskrise. Nicht immer aber wird klar, was genau damit gemeint ist und welche theoretischen Überlegungen dem Begriff zugrunde liegen oder welche politischen Zwecke damit verfolgt werden. Umso erfreulicher ist es, dass sich zwei kürzlich erschienene Sammelbände dem vielschichtigen Phänomen nun aus verschiedenen konzeptionellen und empirischen Perspektiven widmen und damit versprechen, Licht ins Dunkel der Solidaritätsdiskussionen zu bringen.

Der von *Marianne Kneuer* und *Carlo Masala* herausgegebene Sonderband der Zeitschrift für Politikwissenschaft ist bis auf die Fokussierung auf „politikwissenschaftliche Zugänge“ nicht thematisch eingegrenzt. Die Beiträge werden den beiden Überschriften „nationale und vergleichende Perspektiven“ sowie „europäische und internationale Perspektiven“ zugeordnet, was auf den starken räumlichen Bezug des Solidaritätskonzeptes verweist und eine sinnvolle Ordnung der Beiträge darstellt. In der Einleitung machen *Marianne Kneuer* und *Carlo Masala* deutlich, welche politikwissenschaftliche Forschungslücke bezüglich einer systematischen Auseinandersetzung mit dem Begriff und Phänomen der Solidarität besteht. Die Herausgeber schlagen eine an *Sally Scholz* angelehnte Definition der politischen Solidarität vor, die dazu dienen soll, „systematischen politikwissenschaftlichen Fragestellungen“ (S. 9) einen Zugang zu bieten. Darüber hinaus formulieren sie vier Fragen, denen sich die Beiträge des Buches widmen sollen: „1. Was ist der Kern von Solidarität? 2. Wie entsteht sie? 3. Wo sind ihre Grenzen? 4. Unter welchen Bedingungen endet sie ...?“ (ebenda). Die Autoren beschäftigen sich folglich mit so unterschiedlichen Phänomenen wie der semantischen Entwicklung des Solidaritätsbegriffes im „Solidarisme“ und der entstehenden Soziologie im Frankreich des 19. Jahrhunderts (*Hermann-Josef Große Kracht*), der Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Entstehung von Solidarität in etablierten Demokratien (*Nils Arne Brockmann*), der Verkörperung des Solidarprinzips im deutschen Wohlfahrtsstaat (*Peter Hampe*), einer Typologie von Solidaritätsformen in Europa (*Michèle Knodt*, *Anne Teus* und *Nadine Piefer*), transnationalem solidarischen Handeln von Gewerkschaften in Europa (*Susanne Pernicka* und *Julia Hofmann*), der Analyse und dem Vergleich solidarischer Handlungsprinzipien in der Außenpolitik dreier EU-Mitgliedsländer, insbesondere bezüglich der Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (*Siegfried Schieder*), der Erklärung solidarischen beziehungsweise unsolidarischen Verhaltens von Deutschland innerhalb der NATO (*Sven Morgen*) und moralischen Solidarverpflichtungen mit Opfern des Klimawandels (*Christoph Herrler*).

Als besondere Stärke des Bandes ist hervorzuheben, dass sowohl individuelle als auch institutionelle, also zumeist sozialstaatliche, Formen von Solidarität untersucht werden. Einigen Autoren gelingt es sogar, individualistische mit strukturalistischen Ansätzen zu verbinden, indem sie aufzeigen, welche Bedeutung individuelles Solidarverhalten für politische Prozesse haben kann. Hier sind vor allem *Nils Arne Brockmann*, *Michèle Knodt* und Kolleginnen, *Siegfried Schieder*, *Sven Morgen* und *Christoph Herrler* zu nennen. Ideengeschichtliche Herangehensweisen stehen dabei gleichberechtigt neben moralphilosophischen Überlegungen oder empirischen Außenpolitikanalysen. Als Problem stellt sich heraus, dass nicht in allen Beiträgen des Sammelbandes klar wird, welchen Mehrwert die Verwendung des Solidaritätsbegriffs tatsächlich bringt. So konstatiert *Nils Arne Brockmann* beispielsweise, dass „die Qualität demokratischer Systeme wesentlich von sozialer, politischer und rechtlicher Solidarität abhängt“ (S. 68). Deutlich wird in seinem Beitrag aber im Wesentli-

chen, dass Demokratiequalität von gesellschaftlichem Zusammenhalt, politischer Kooperation und Rechtsstaatlichkeit abhängig ist. Auch im Beitrag von *Peter Hampe* wird nicht abschließend sichtbar, welche Bedeutung solidarische Handlungen oder Handlungsmotive im System der deutschen Sozialversicherungen haben, sondern vor allem wie sich Sozialleistungen auf gesellschaftliche Ungleichheiten auswirken können. Dieses Problem lässt sich letztlich darauf zurückführen, dass sich nicht alle Autoren an dem in der Einleitung vorgeschlagenen Kern von Solidarität orientieren. Als politisch relevante Solidarität werden so unterschiedliche Handlungen wie der Verzicht auf eine sonntägliche Spritztour mit dem Auto oder das Leisten von Rentenbeiträgen bezeichnet. Dass nicht jede freundliche Handlung oder Zuneigung eine Form von Solidarität ist, sondern erst bestimmte Charakteristika wie beispielsweise Reziprozitätserwartungen oder ein Gemeinschaftsbezug sie zu eben dieser machen, wird dabei nicht explizit herausgearbeitet. Leider gelingt es den Herausgebern daher nur bedingt – und das mag eine allgemeine Schwäche von Sammelbänden sein – einen roten Faden in die Beiträge zu bringen. Eine Chance zur stärkeren Systematisierung hätten hier sowohl die in der Einleitung formulierten Leitfragen als auch die dort vorgeschlagene Definition politischer Solidarität darstellen können. Abschließend ist dennoch festzuhalten, dass es dem Band von *Marianne Kneuer* und *Carlo Masala* gelingt, die Vielfalt der sozialwissenschaftlichen Perspektiven auf das Phänomen der Solidarität aufzuzeigen und Impulse für eine weitere konzeptionelle Diskussion zu liefern.

Der Sammelband von *Wolfgang Aschauer*, *Elisabeth Donat* und *Julia Hofmann* zu Solidaritätsbrüchen in Europa widmet sich der Solidarität mit einem engeren thematischen Fokus. Die Herausgeber stellen im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise Entsolidarisierungstendenzen in Europa fest und nehmen diese sowie eine damit einhergehende potenzielle Gefahr für die Gesellschaft(en) Europas als Ausgangspunkt. Als Solidaritätsbrüche werden dabei allgemein „Brüche der sozialen Ordnung“ (S. 2), „gesellschaftliche Spaltungstendenzen“ (ebenda) und eine niedrige oder sogar rückläufige Sozialintegration verstanden. Sie sollen aus konzeptioneller wie aus empirischer Sicht dargestellt und erklärt werden. Die Beiträge werden demnach zwei Teilen zugeordnet. Der erste, eher theoretisch ausgerichtete beschäftigt sich mit „systemischen und sozialen Dynamiken der Entsolidarisierung“. Diese Beiträge betrachten das Phänomen der Entsolidarisierung aus einer europäischen Makroperspektive. *Max Haller* setzt die Wirtschaftskrise in Europa mit der aus seiner Sicht problematisch verlaufenen politischen Integration in Bezug. Politische Vertiefung und Erweiterung der EU seien unkoordiniert verlaufen und hätten damit beispielsweise aktuelle wirtschaftliche Probleme in Griechenland mittelbar ausgelöst. *Stefan Immerfall* beschäftigt sich mit dem Phänomen der grenzüberschreitenden individuellen Solidarität in Europa und hält fest, dass zunehmende grenzüberschreitende Interaktionen keinesfalls, wie in der Soziologie oft behauptet, zu einem stärkeren europäischen Zusammenhalt geführt hätten. *Wolfgang Aschauer* thematisiert die Entkoppelung der EU-Bürger von der Politik sowie die Legitimationsprobleme der EU, die sich aus den Spannungen zwischen System- und Sozialintegration ergeben.

Im zweiten, empirischen Teil werden gesellschaftliche Probleme in einzelnen Ländern analysiert. Die Beiträge, die sich der Thematik sowohl mit qualitativen als auch quantitativen Methoden annähern, beschäftigen sich mit der allgemeinen Befürwortung der europäischen Integration in Abhängigkeit von persönlichen Erfahrungen (*Elisabeth Donat*), der Entwicklung der Tafelbewegung in Deutschland als Zeichen einer Privatisierung von Solidarität und Entpolitisierung von Armut (*Stefan Selke*), dem Einfluss von Armutserfahrun-

gen auf Arbeitslosigkeit in Deutschland (*Sonja Fehr*), der Reform der schweizerischen Sozialpolitik und der damit verbundenen problematischen Debatte um „Scheininvalidität“ (*Benedikt Hassler*), der gesellschaftlichen Akzeptanz der Schattenwirtschaft in Polen (*Mathias Wagner*), dem Zusammenhang zwischen dem Schrumpfen der deutschen Mittelschicht und der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen (*Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler*) sowie der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber marginalisierten sozialen Gruppen in Österreich und ihrer Erklärung anhand von materiellen Verteilungskonflikten und Erfahrungen relativer Deprivation (*Julia Hofmann*). Die Kurzzusammenfassung der Beiträge verdeutlicht, dass hier sehr unterschiedliche gesellschaftliche Phänomene untersucht werden. Das verbindende Element ist, dass sie soziale beziehungsweise sozioökonomische Entwicklungen in Europa besprechen, die im weitesten Sinne als kritisch für gesellschaftlichen Zusammenhalt einzustufen sind. Der Zusammenhang von sozialer Kohäsion und Solidarität wird aber nur am Rande erläutert. Die wenigsten Autoren setzen sich überhaupt konzeptionell mit dem Begriff auseinander (davon ausgenommen sind die Einleitung der Herausgeber sowie die Beiträge von *Elisabeth Donat* und *Julia Hofmann*). Damit fungiert der Begriff der Solidarität für das Buch eher als Blickfang denn als analytische Kategorie – eine Funktion, die ihm wie eingangs bemerkt allzu oft in politischen und wissenschaftlichen Debatten zukommt. Gleichwohl lassen sich in den Beiträgen wiederkehrende Momente sozialer Transformation erkennen, deren weitere Untersuchung besonders lohnenswert wäre. So verweisen mehrere Autoren (*Mathias Wagner, Benedikt Hassler, Sonja Fehr* und *Stefan Selke*) auf die Transformation europäischer Wohlfahrtsstaaten, die den Trend weg von der Versorgungsfunktion sozialstaatlicher Leistungen hin zur Aktivierungsfunktion umfasst. Diese Entwicklung gehe mit einer veränderten Bewertung von Bedürftigkeit einher: Nicht mehr der Staat werde als Verantwortlicher gesehen, beispielsweise im Kampf gegen Armut, sondern der Bürger selbst. Die Hinweise auf eine zunehmende Stigmatisierung von Bedürftigen – Beziehern von staatlichen Solidarleistungen – sind im Sinne der Solidaritätsforschung besonders interessant. Dies könnte einen Anknüpfungspunkt vor allem für international vergleichende Studien darstellen. So gesehen erfüllen die Herausgeber auch ihr Ziel, eine „Initialzündung einer überfälligen soziologischen Debatte zu Entsolidarisierungstendenzen in Europa“ (S. 13) auszulösen.

Abschließend ist festzuhalten, dass beide Werke Impulse für eine weitere theoretische und empirische Auseinandersetzung mit Solidarität geben. Auf wichtige konzeptionelle Fragen, wie zum Beispiel die Abgrenzung von Solidarität und sozialem Zusammenhalt, sozialstaatlicher Umverteilung oder Wohltätigkeit, gehen sie aber nicht ausreichend ein. Sie erliegen teilweise der bekannten Versuchung, die von derart latenten Konstrukten wie Solidarität oder auch Gerechtigkeit ausgeht: Sie wecken die Aufmerksamkeit des Lesers und können, solange sie nicht klar definiert und von anderen Konzepten abgegrenzt werden, für die Untersuchung verschiedenster sozialer Phänomene genutzt werden. Einen Beitrag zur konzeptionellen Diskussion über Solidarität leisten sie dann aber nur bedingt.

Sara Braun

Politolinguistik: Sprachwissenschaft gepaart mit umfassender politischer Erfahrung

Klein, Josef: Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze, Frank & Timme, Berlin 2014, 388 Seiten, € 39,80.

Aus der Gruppe der Sprachwissenschaftler in Deutschland, die sich in ihren Forschungsarbeiten überwiegend der politischen Sprache widmen, ist *Josef Klein* der einzige mit umfassender politischer Erfahrung und entsprechender Nähe zur praktischen und aktiven Politik. Diesen biographischen Vorteil – die politische Praxis genau zu kennen und zugleich Linguist zu sein, der sie erforscht – nutzt er in allen seinen Publikationen gewinnbringend zugunsten seiner politisch und wissenschaftlich interessierten Leserschaft und leistet damit seit vielen Jahren einen bedeutenden Beitrag zur öffentlich-politischen Diskussion und deren kritischer Analyse und Reflexion.

In eindrucksvoller Weise wird dies durch das vorliegende Buch dokumentiert: *Klein* selbst hat hier 15 Aufsätze aus der Zeit von 1989 bis 2014 zusammengestellt, die einerseits das politolinguistische Themenspektrum ihres Autors in seiner Breite, dadurch aber auch andererseits den Facettenreichtum der politischen Sprache und ihrer Analyse abbilden. Die einzelnen Artikel sind nicht chronologisch, sondern nach zehn Themenbereichen geordnet, an deren Kapitelüberschriften sich – auch wenn ihnen nie mehr als zwei, manchmal auch nur ein Aufsatz zugeordnet ist – die Schwerpunktthemen des Buches ablesen lassen. Nur einige wenige der allesamt sehr wichtigen Beiträge können im Folgenden etwas detaillierter porträtiert werden.

Den Auftakt bildet ein Aufsatz über „Sprache, Macht und politische[n] Wettbewerb“, in dem auf der Basis der Konversationsmaximen von *Paul Grice* die Grundprinzipien einer politischen Kommunikationsethik entworfen und an Beispielen diskutiert werden. Der politische Wettbewerb in der Öffentlichkeit zeigt sich dabei in lexikalischer Hinsicht als Wechselspiel von „Bezeichnungs-“ und „Bedeutungskonkurrenz“, unter pragmatischen Gesichtspunkten aber auch als kommunikatives Durchsetzungsvermögen in unterschiedlichen mündlichen und schriftlichen Interaktionsformen (wie parlamentarisch vorherrschenden Legitimationsdebatten in Fraktionssitzungen und auf Parteitag dominierenden Entscheidungsdebatten sowie Fernseh-, Hörfunk- und Podiumsdiskussionen einerseits und verschiftenen Presseinterviews oder parlamentarischen Ausschussberichten andererseits) und als Nutzung politiktypischer Sprechakte und Argumentationsformen. Formen einer außerparlamentarischen „Protestsprache“ (Stichworte: „Friedensbewegung“, „Wende“ oder „Stuttgart 21“) werden zwar nicht ausführlich behandelt, aber doch zumindest skizziert.

Die politische Kommunikationsethik ist auch Thema des (schon älteren, aber immer noch lesenswerten) Beitrags „Dialogblockaden“, in dem ein „Anhängerschaftsmodell“ und ein „Marktmodell“ der Politik voneinander abgehoben werden. Gezeigt wird, dass das traditionelle erstere, das die Idee einer „politischen Heimat“ in einer Partei einschließt, infolge der Abnahme fester Stammwählerschaften durch „Entideologisierung“ und „Wertewandel“ dem Modell einer Partei „als politisches Dienstleistungsunternehmen“ gewichen ist. Für *Klein* hat diese Entwicklung die zu „Dialogblockaden“ führende Folge, dass sich zwischen den Politikern als Politik-Anbietern und den Bürgern als deren Konsumenten eine Kluft herausbildet, die Misstrauen einschließt. Dass Politiker aus Partei- und Eigeninteresse gegen die ethischen Kommunikationsnormen verstoßen, indem sie etwa gegnerische Positionen ritualhaft abqualifizieren und klare Aussagen häufig umgehen, geht im Rahmen der

Geltung des Marktmodells mit seinem institutionalisierten Parteienstreit zu Lasten der allgemeinen Glaubwürdigkeit von Politikern und führt fast zwangsläufig zu Politikverdrossenheit. Besonders die ständige mediale Präsenz im Fernsehen hat auf der einen Seite das Gefühl von Pseudo-Intimität zur Folge, auf der anderen aber auch nicht selten das Empfinden von Überdruß und Langeweile, wenn „in kürzesten Zeitabständen und auf vielen Kanälen ... jeweils dieselben politischen Akteure das Gleiche sagen, was sie kurz vorher auch schon geäußert haben“ (S. 47), und das auch noch in 90-Sekunden-Slots, in denen sich nur wenig Substantielles mitteilen lässt. Als Alternative zum vorherrschenden Marktmodell skizziert *Klein* ein „Partizipationsmodell“, das die Bürger stärker in die politische Diskussion und Entscheidungsfindung einbindet und so „Dialogblockaden“ abzubauen hilft.

Die Folgekapitel sind Wörtern, Sätzen, Texten beziehungsweise Reden und größeren, meist dialogischen Einheiten wie Debatten, Kampagnen oder Diskursen gewidmet. Im ersten Beitrag des „Wörter“-Kapitels wird der politische Wortschatz kategorisiert und hinsichtlich seiner semantisch-pragmatischen Funktionen im politischen Kampf erläutert; darüber hinaus wird gezeigt, wie die verschiedenen politischen Phasen der Geschichte der Bundesrepublik durch die in ihnen dominierenden Wortfelder geprägt wurden. Im zweiten wird das (auch in anderen Aufsätzen präsente) Modell des Begriffe-Besetzens im Hinblick auf die für den semantischen Kampf typischen lexikalisch-semantischen Strategien erläutert. Im mit „Sätze“ überschriebenen Kapitel werden typische Formen und Funktionen von – insbesondere plakativen („salienten“) – Sätzen in der Politik herauspräpariert, während in „Texte/Reden“ die institutionentypischen Text- beziehungsweise Redesorten klassifiziert und linguistisch charakterisiert werden, bevor der Verfasser abschließend – am Beispiel der Reden von *Joseph Goebbels* (Sportplatz), *Roman Herzog* (8. Mai 1995) und *Helmut Kohl* (19. Dezember 1989 in Dresden) – die Normen, Merkmale und Entwicklungen der politischen Gegenwartsrhetorik in ihrem Verhältnis zur traditionellen beleuchtet. Als gegenwartstypisch erweisen sich dabei „Prozessualität“, „Intertextualität“, „Repräsentanz“, „Adressatenpluralität“, „Massenmedialität“, „Typenvielfalt“ sowie die konsequente Orientierung am angestrebten politischen Erfolg. Besonders innovativ und inspirierend erscheinen dem Rezensenten *Kleins* Ausführungen zu den „salienten“ politischen Sätzen wie „Berlin ist arm, aber sexy“ oder „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“. Auf der Grundlage eines Korpus solcher erfolgreichen Sätze, die „Teil des kollektiven politischen Aktual-Wissens“ (S. 122) geworden sind, arbeitet der Verfasser die syntaktischen (Wortanzahl, Komplexität), semantischen („deontische Ladung“, „Geltungsmodus“) und pragmatischen (Illokutionen, rhetorische Schemata, Argumentativität) Kriterien heraus, deren Vorliegen entsprechende sentenzartige Formulierungen für den Erwerb des „Salienz“-Status in besonderer Weise qualifiziert.

In den beiden Beiträgen zum Thema „Verbale Interaktionsformen“ wird die Text-/Redesortentypologie zu einer Typologie der politischen „Interaktionsformate“ (von unterschiedlichen Debattenformen über Typen des Verhandeln und mehr oder weniger dialogische parlamentarische oder mediale Kommunikationsformate mit Frage-Antwort-Struktur sowie „Mustermischungen“ wie Sitzungen und Versammlungen bis hin zu Subtypen von „Abgeordneten- und Kandidatengesprächen“) ausgebaut. Indirekt wird so auch die von *Werner Holly*¹ demonstrierte Vielfalt der kommunikativen Anforderungen an heutige Poli-

1 Vgl. *Werner Holly*, *Politikersprache. Inszenierungen und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten*, Berlin / New York 1990.

tiker (vor allem Abgeordnete) deutlich. Den kommunikativen Merkmalen des Hearings, das sicher zu den Mustermischungen zu rechnen wäre, ist ein eigener Aufsatz gewidmet.

Den Kern des Schlussteils von *Kleins* Buch bildet ein Aufsatz, in dem „Diskurs“, „Kampagne“ und „Verfahren“ als Haupttypen politischer Kommunikation vorgestellt werden, die für *Klein* den „drei Dimensionen von Politik: policy (Inhalt), politics (Handlungsmodi und Strategien), polity (institutioneller Rahmen)“ entsprechen. Diese basalen Muster werden in den drei folgenden Aufsätzen (die merkwürdiger- und eigentlich unnötigerweise jeweils eine eigene Kapitelüberschrift haben) durch die Analyse historischer Beispiele illustriert: (der typischen Topoi und Frames) des Kolonialdiskurses im wilhelminischen Reich, (der extremen Feel-Good-Strategie) der CDU-Wahlkampagne von 2013 und des für das Gesetzgebungsverfahren typischen Textsortengeflechts. Den Abschluss des Buches bildet ein Aufsatz über die Basis-, Kaschier- und Konkurrenzstrategien der Politik und deren Teilstrategien.

Die einzelnen Beiträge zeichnen die Politik als „Wettbewerb um Macht“, der im Rahmen einer Pluralität von Kommunikationsaufgaben, Textsorten und Interessen stattfindet, sich typischerweise Wörtern, Sätzen und Texten/Reden bedient, charakteristische verbale Interaktionsformen aufweist, in „multitextuellen Komplexen“ (Kapitelüberschrift) erscheint und in dessen Rahmen Diskurs, Kampagne und Verfahren sowie kommunikative Strategien besonders bedeutsam sind. Zu attestieren ist allen Beiträgen das erkennbare Bemühen um ab- und ausgewogene Analysen, die nicht nur sachliche Kritik an Politik und politischer Kommunikation unter mediengesellschaftlichen Bedingungen üben beziehungsweise aufgreifen, sondern auch den Politikern und der politisch-kommunikativen Arbeit selbst gerecht werden. Besonders *Kleins* Überlegungen zur konflikthafter Spannung zwischen kommunikationsethischen Prinzipien, politikpraktischen Zwängen und kommunikativen Erwartungen der Bürger, die in mehreren Beiträgen diskutiert werden, aber auch seine Einsichten in das durch Text-, Rede-, Dialog- und Debattensorten bewirkte, zum Teil medial bedingte Korsett an kommunikativen Normen und Zwängen tragen zum besseren Verständnis der Ursachen für die eine in der Gegenwartspolitik immer wieder durchscheinende Geringschätzung der Regierenden durch die Regierten bei (die manchmal sogar eine wechselseitige ist).

Schon bisher waren *Kleins* Beiträge ein *Sine qua non* für alle, die sich sprach- und/oder politikwissenschaftlich mit der politischen Sprache und ihrer Analyse und Kritik befassen. Mit dem vorliegenden Buch sind die wichtigsten seiner Aufsätze nunmehr leicht verfügbar. Ausreden, die deren Unkenntnis mit schwieriger Zugänglichkeit begründen, ziehen also nicht mehr.

Armin Burkhardt